

# AMNESTY INTERNATIONAL

## PRESSEERKLÄRUNG

19. Mai 2022

### **Iran: Ein schwedisch-iranischer Doktor wird als Geisel gehalten – er ist in Gefahr, aus Vergeltung hingerichtet zu werden!**

Es gibt klare Beweise, dass die iranischen Behörden die Straftat einer Geiselnahme begehen. Ein schwedisch-iranischer Akademiker ist in unmittelbarer Gefahr der Hinrichtung im Teheraner Evin-Gefängnis, so Amnesty International heute. Ausführliche Nachforschungen von AI lassen befürchten, dass die iranischen Behörden mit der drohenden Hinrichtung Belgien und Schweden zwingen wollen, zwei einsitzende Iraner freizulassen. Sie wollen so Zwang ausüben, dass in Zukunft eine Verfolgung iranischer Staatsbeamter im Ausland unmöglich wird.

Die zwei Beamten sind Asadollah Asadi, ein früherer iranischer Diplomat, der eine Haftstrafe von 20 Jahren in Belgien verbüßt. Er war verwickelt in einen vereitelten Bombenanschlag 2018 in Frankreich. Und Hamid Nouri, ein früherer Gefängniswärter, der wegen seiner Verwicklung in die Gefängnismassaker 1988 im Iran inhaftiert ist, sein Urteil wird im Juli 2022 erwartet.

„Die iranischen Behörden nutzen das Leben von Ahmadreza Djalali wie ein Pfand in einem grausamen politischen Spiel, indem sie Exekutionsdrohungen verstärken und ihm drohen, ihn zur Vergeltung hinzurichten. Die Behörden versuchen die Art des schwedischen und belgischen Justizsystems zu ändern und die Straftat der Geiselnahme in das Justizwesen einzuführen.“ sagte Diana Eltahawy, stellvertretende Leiterin der Abteilung Naher Osten und Nordafrika von AI. „Die iranischen Behörden müssen alle Vorhaben zur Hinrichtung von Alireza Djalali stoppen, ihn sofort freilassen und Schadensersatz leisten.“

### **Verstoß gegen das Abkommen Geiselnahme**

Der Iran, Schweden und Belgien sind Unterzeichner der internationalen Convention gegen Geiselnahme von Staaten oder Privatpersonen. Im Abkommen wird Geiselnahme beschrieben als Arrestierung einer Person, Drohungen mit der Todesstrafe, körperliche Verletzungen und Drohung unbestimmter Haftzeit. Das kann bedingungslos erfolgen oder an Bedingungen geknüpft sein.

Die Nachforschungen von AI ergaben, dass entgegen der Absicht der iranischen Behörden, Ahmadreza Djalali willkürlich zu inhaftieren (April 2016), sich Ende 2020 ihre Absichten änderten. Sie wandten jetzt die Geiselhaft an, das war der Zeitpunkt des Beginns der Verhandlungen gegen A. Asadi in Belgien. Am 24. November 2020 wurde A. Djalali in Einzelhaft genommen und ihm mit der Hinrichtung innerhalb einer Woche gedroht. Es kam zu internationalen Protesten. Der Termin der Hinrichtung wurde dann auf den 2. Dezember 2020 gelegt.

Am 4. Mai 2022 verhängten die Behörden in Schweden eine lebenslange Strafe gegen Hamid Nouri. Die iranischen Staatsmedien wiesen auf die drohende Hinrichtung von Ahmadreza Djalali hin. Es wurde weiterhin festgestellt, dass „in Ausführung der Exekution an A. Djalali die iranische Regierung die schwedische Justiz davon abhalten will, weitere Aktionen wie die Haft von Hamid Nouri anzuordnen.“

# AMNESTY INTERNATIONAL

## PRESSEERKLÄRUNG

Die Frau von Djalali erklärte, Beamte der Justiz hätten ihrem Anwalt am 7. Mai 2022 mitgeteilt, sie hätten in „gutem Glauben“ im Dezember der Aufschiebung der Hinrichtung zugestimmt. Sie hätten dem hinzugefügt, dass sich durch die angeordnete Haft von Hamid Nouri Schweden in Abhängigkeit von „Feinden“ des Iran begeben hätten. So habe der Iran nur „die Option“, die Exekution durchzuführen. Diese Anmerkungen im Zusammenhang mit Artikeln in den staatlichen Medien vom 4. Mai 2022 sind zwingende Beweise, dass A. Djalali in Gefahr seiner Hinrichtung ist. Die iranischen Behörden scheinen diese für notwendig zu erachten, um weitere Inhaftierungen iranischer Beamten außerhalb des Iran zu unterbinden.

AI hat von verschiedenen glaubwürdigen Quellen erfahren, dass Mitglieder der iranischen Regierung privat vorgeschlagen hätten, einen Austausch von A. Djalali gegen A. Asadi und/oder H. Nouri vorzunehmen.

Ahmadreza Djalali lebte mit seiner Familie in Schweden. Er arbeitete auch als Notfallmediziner an einer Universität in Brüssel. Die iranischen Behörden kennen sich seit langer Zeit mit willkürlichen Inhaftierungen aus. Das betrifft Doppelstaatler und auch Ausländer und wird vom Sonderberichterstatter in seinem Bericht für den Menschenrechtsrat der UN beschrieben. AI fordert eine wirksame und unabhängige Untersuchung im Fall A. Djalali. „Geiselnahme ist eine schwere Straftat. Wenn bewiesen ist, dass die iranischen Behörden dieses Verbrechen im Fall A. Djalali begangen haben, müssen alle Unterzeichnerstaaten der Konvention gegen Geiselnahme auf den Iran einwirken, damit dieser vorbeugende Maßnahmen gegen die Geiselnahme ergreift und eine Bestrafung der Personen durchführt, die bei Geiselnahme mitgewirkt haben,“ so Diana Eltahawy.

### Hintergrund

Im Oktober 2017 wurde Ahmadreza Djalali zum Tode verurteilt. Die Anklage war „Korruption auf Erden“ durch „Spionage“. Der Prozess vor dem Revolutionsgericht in Teheran war äußerst unfair. Das Gericht bezog sich vor allem auf „Geständnisse“, die, so sagte es A. Djalali, durch Folter erlangt wurden. In der Zeit der Verhöre befand sich der Angeklagte in Einzelhaft und ohne Kontakt zu seinem Verteidiger. Im November 2017 wandte sich die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Haft an den Iran und forderte u.a. die unverzügliche Freilassung von A. Djalali.

Am 16. März 2022 erlaubten die iranischen Behörden der Sozialarbeiterin Nazanin Zaghari-Ratciffle den Iran zu verlassen. Die Regierung des UK hatte 393 Millionen Pfund gezahlt, um einen Streit beizulegen. Sie war sechs Jahre lang inhaftiert und wurde im Rahmen der Vorschriften der internationalen Konvention gegen die Geiselnahme entlassen. AI versucht gerade nähere Informationen über den Fall zu bekommen.

(Werner Kohlhauer: Leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran von AI. Es gilt das englische Original.)